

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatslohn für Abholer 1,75 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,50 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsänderung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenpreise der ersten Seite oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenpreise der übrigen Seiten 10 Pfg., Ausnahmefälle 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbelegung unbedingt geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. — Beilagengebühr: 10 M. Das Laubend, ausgiebig Postgebühr? — Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 108

Dienstag, den 13. September 1932

34. Jahrg.

Bekanntmachung.

Es ist vorgekommen, daß von Anschlussnehmern Eingriffe in die elektrischen Anlagen gemacht worden sind. Wir weisen deshalb darauf hin, daß nach dem Gesetz vom 9. April 1900 die Entnahme elektrischer Stromes unter Umgehung des Zählers schmerzhaft bestraft wird. Es sind angeordnet: 1. Gefängnisstrafen bis zu 5 Jahren, 2. Geldstrafen bis zu 1500 RM und 3. Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Es kann auf alle drei Straforten gleichzeitig erkannt werden. Auch der Versuch ist bereits strafbar. Eine polizeiliche Verhaftung kann nicht erfolgen, sondern die Verhaftung ist lediglich Angelegenheit des Gerichts Kemberg, den 9. September 1932.

134] Der Magistrat.

Ein Jahr Außenhandelskontrolle

Die Verläufe, die internationalen Handel zu regulieren und einzufrieren, die schon seit längerer Zeit durch die allgemeinen Zollhöherungen und das Scheitern umfangreicher Handelsverhandlungen kompliziert wurden, erhielten in der zweiten Hälfte des Jahres 1931 eine methodische Bearbeitung, als ein Schuldnerland nach dem anderen dazu überging, drastische Kontrollmaßnahmen über die Waaren zu verhängen, um die Stabilität der Landeswährung so weit wie möglich zu sichern und gleichzeitig die Mittel für die Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen an das Ausland bereitzustellen. Dieser Teil der internationalen Handelskennzeichen war keineswegs neu; man hatte hierfür in der Inflationszeit verschiedene Vorbilder und vor allem im Zusammenhang mit der Stabilisierung verschiedener Währungen energische Maßnahmen zur Kontrolle der Waaren eingeführt, die dann meist auch sehr gewalttätig durchgeführt wurden.

Der ernste Teil der Weltwirtschaftskrise begann, als sich im Mai 1931 in dem Zusammenhang der österreichischen Kreditanstalt die ganze Schwäche der finanziellen Situation offenbarte. Dazu kam auf der anderen Seite die Wirkung der Depression auf die Preise für landwirtschaftliche Produkte und damit auf die Exportwerte benachteiligter Staaten, die von dem Export als Hauptverdienst und als Lebensgrundlage für sie war es ausgeschlossen, ihre Exportwerte zugunsten einer Stabilisierung der Handelsbilanz zu vergrößern, weil der internationale Markt einfach nicht in der Lage war, größere Mengen Rohstoffe und Nahrungsmittel aufzunehmen. Aber diese Staaten sind nun gerade die eigentlichen Schuldnerstaaten, deren Schuldentlastung ohnehin schon durch das Sinken der in Gold gerechneten Weltmarktpreise wesentlich schwerer wurde. Letzteres veranlaßte sich die protektionistische Bewegung um die Mitte des Jahres 1931, so sehr, daß die Märkte tatsächlich voneinander abgetrennt wurden. Der erhöhte Zolltarif der Vereinigten Staaten von 1930 war nur der Anfang, es folgten eine Reihe anderer schwerwiegender Tarifhöherungen. Frankreich und Belgien gingen im Herbst 1931 zum Kontingentsystem über, die Tschechoslowakei folgte und Schweden hatte schon im Juni ein Weizenmonopol eingeführt. Dies und andere Einfuhrbeschränkungen wurden durch die dauernd weitergehenden Zollhöherungen verstärkt, wobei vielfach die Maßnahmen selbst als Repressalien gegen Zollhöherungen verfaßt, wobei vielfach die Maßnahmen selbst als Repressalien gegen Zollhöherungen begründet wurden. Ende 1931 war das Kontingentsystem schon weit verbreitet. Viele Länder hatten den Goldstandard aufgegeben, andere hatten aus demselben Grunde Dumpingzölle eingeführt und kommunizierten sich die Handelskennzeichen in entsprechender Weise.

An erster Stelle stehen hierbei die Maßnahmen zur Kontrolle von Devisentransaktionen, die den Zweck haben, Kapitalflucht zu verhindern, und die Devisentransaktionen, die den Zweck haben, Kapitalflucht zu verhindern, und die Devisentransaktionen für die wichtigsten volkswirtschaftlichen Zwecke zu sichern. Kontrollen dieser Art hat man in Österreich, Bulgarien, Estland, Finnland, Deutschland, Griechenland, Lettland, der Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Argentinien, Brasilien, Chile und Indien, während in Norwegen die Banken eine nicht offizielle, aber ebenso wirksame Kontrolle ausübten. In den ersten Monaten 1932 wurden solche Maßnahmen auch in Dänemark und Rumänien eingeführt, während Finnland sie wieder aufgab.

Direkte Einfuhrbeschränkungen in der Form von Kontingentsystemen brachte das Jahr 1931 in der Tschechoslowakei, Frankreich, Italien, Lettland, Holland und in der Türkei, ausgesprochene Prohibitivmaßnahmen in Dänemark, Estland, Polen, Tschechoslowakei, Türkei und Galizien, Einfuhrmonopole in Estland und Schweden, neue Einfuhrzölle in Großbritannien, Zollhöherungen in Argentinien, Australien, Belgien, Brasilien, Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Island, Indien, Italien, Lettland, Litauen, Österreich, Polen, Südafrika und in der Schweiz und schließlich Zuschläge gegen Valutadumping in Kanada und Frankreich.

Dazu kam die Aufgabe der Goldwährung in Argentinien, Australien, Brasilien, Dänemark, Finnland, Großbritannien, Indien, Japan, Lettland, Norwegen, Portugal und Schweden, also Einfuhrbeschränkungen für diese Märkte. Im Jahre 1932 folgten damit Bolivien, Chile, Griechenland, Siam und Peru. Dazu kamen in einigen Ländern Maßnahmen, die den Goldstandard zwar nominell beibehalten ließen,

praktisch aber zu ähnlichen Ergebnissen führten wie die Aufgabe des Goldstandards, so daß die Goldwährung eigentlich nur in einem haben Dutzend Staaten ohne Einschränkung bestehen blieb.

Die Aufzählung dieser sich dauernd steigenden Beschränkungen erklärt nur Geringe die Zerrüttung des internationalen Handels. Denn neben der direkten Wirkung höherer Zölle wirkten diese Komplikationen indirekt ebenfalls außerordentlich hemmend. Die bürokratischen Formalitäten für den Außenhandel haben sich vervielfacht und sind außerordentlich kostspielig geworden. Einfuhrzölle, die für das laufende Jahr gewährt werden, verurteilen erst Verlopfung und dann Auszahlung der Märkte oder, wenn sie monatlich gewährt werden, verhindern sie eine normale Entwicklung des Handels. Kontingente gescheitene Weißbrotzollverträge und lösen die Beziehungen zwischen Nachfrage und Angebot. Die Einfuhrzölle, die von den Behörden im „nationalen Interesse“ getroffen werden, unterscheiden sich wesentlich von denen, die sich aus den normalen Beziehungen zwischen Produzenten und Konsumenten ergeben. Die Devisenkontrolle berücksichtigt meist den ausländischen Schuldendienst stärker als die Erfordernisse der Einfuhr und so wird die Welt in ein Netzwerk aus ad hoc geschaffenen Regulierungen eingepaßt, dessen Befreiung außerordentlich schwierig ist.

Frei wird die Saar!

Saar-Lösung am Deutschen Eck in Koblenz

Koblenz, 11. September.

Der „Bund der Saarvereine“, der für die Befreiung des Saargebietes nunmehr seit 13 Jahren kämpft, hat auf seiner diesjährigen Tagung in Koblenz in der großen deutschen Saar-Kundgebung am Deutschen Eck am deutschen Rhein in Gegenwart von Tausenden und aber Tausenden deutscher Volksgenossen das Verlangen nach Gerechtigkeit für die Saar geformt.

In der geschäftlichen Sitzung des Bundes der Saarvereine warf der Leiter der Geschäftsstelle Saar-Verein Berlin, Verwaltungsdirektor Theodor Bogel,

einen Rückblick auf die Tätigkeit der Organisation im vergangenen Jahre. Er stellte dabei fest, daß die französische Saarpropaganda noch immer eine außerordentlich hohe Tätigkeit entfaltet, was auf eine finanzkräftige Unterstützung durch einflussreiche Kreise in Frankreich schließen läßt. Das ergibt sich auch aus dem Verhalten jener unaufrichtigen Elemente im Saargebiet, deren Treiben von der Regierungskommission gebührend und von den französischen Vergeböden im Saargebiet gefördert wird und darauf gerichtet ist, eine Rückkehr zum Reich zu vereiteln. Eine besondere Bedeutung hatte

die öffentliche Verammlung, zu welcher sich eine stattliche Anzahl Zuhörer eingefunden hatten. Nach Worten herzlicher Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden, Senatspräsidenten Andres, richtete der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. h. c. F. u. S. S. Worte des Willkommens an die Gefährten. Es sprachen dann noch der Vertreter des Bayerischen Staates und die Vertreter von anderen Staaten, politischen Parteien, Verbänden usw.

Ueber die politische und wirtschaftliche Lage im Saargebiet sprach kommissarisch Dr. Dr.-Ing. Hermann Köhling-Wülffling.

In der öffentlichen Vortragssammlung in der Stadt-Festhalle. Der Redner betonte, daß, wenn die Volksabstimmung in 2½ Jahren stattfindet, sie nur ein glänzendes Treuegelöbnis zum Reiche darstellen werde. Die Saarbevölkerung wolle zum Reich zurück, gleichgültig, wie in ihm die Hausordnung besteht. Der Redner bekamte sich als Anhänger der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, unter der Voraussetzung allerdings, daß auf politischem Gebiete ein großes, das deutsche Volk betreffendes Reimemachen vorausgehe. Der Redner schloß in der Hoffnung, daß sich auf beiden Seiten Männer von stolzer Vaterlandsliebe und ehrlicher Sorge um die Zukunft erfüllen würden möchten, die bereit seien, den Weg der ehrlichen Verständigung zu gehen! Als zweiter Redner sprach Dr. Lehmann-Berlin über das Thema „Rhein, Mosel und Saar im Verfall der Dittat“.

Er wies auf die alte französische Rheinpolitik hin, die zum Ziele die Ergrüfung der Vormachtstellung auf dem Kontinent habe. Unter seinen Kanonen liege das gesamte Mitteleuropa (Schlus) da. Das Saargebiet bilde den wirtschaftlichen Vorposten der Partei Rheinpolitik. Deutschland fordere militärische Gleichberechtigung.

Den Höhepunkt der Tagung bildete die Kundgebung am Deutschen Eck.

Zu Tausenden strömten die Teilnehmer hierzu herbei, waldländische Verbände marschierten geschlossen mit ihren Fahnen heran, auch aus dem Saargebiet waren zahlreiche Teilnehmer erschienen. Der Vorsitzende des Bundes der Saarvereine, Senatspräsident Andres, begrüßte hier die Teilnehmer.

Herrar Wilhelm Wehden (Saar) verleserte in seiner Festanrede namens der Saarbevölkerung, daß das Gefühl unlosbarer Verbundenheit mit dem Reiche an der Saar trotz aller Bedrohungen im Grenzschutz niemals ab-

schwankt habe. Man habe trotz allem im Saargebiet treue Wacht an der Westfront, bis die Zustimmung in zwei Jahren alle künftigen Nebel um das Saargebiet verjage und der Welt bleibe, daß die Saarbevölkerung deutsch ist und deutsch bleiben wolle auf alle Zeiten. Bis aber der Saargebiet dem Reiche die Treue gehalten habe, trotz aller Leiden und Bedrückungen, so ermarre er, daß auch das Reich ihm die Treue halte. Der Redner schloß mit dem eindringlichen Ruf: „Hör, Germania, die Saar, deine Tochter, ruft nach dir! Sie will wieder zu dir! Bedingungslos, reiflos, auf immer!“ Dieser nachhaltige Appell an das Reich löste einen wahren Begeisterungsturm aus.

Im Anschluß daran verlas Verwaltungsdirektor Theodor Bogel eine Entschließung, in der die Rückkehr zum Reich als Recht und als Wiederherstellung dreizehnjährigen Unrechts gefordert wird.

„Deutsche Frauen und deutsche Männer“, so folgte der Redner der Entschließung hinzu, „die Sie hier zu dieser Stunde verammelt sind, ich bin gewiss, daß Sie und mit uns aber Tausende deutscher Volksgenossen dieser Entscheidung zustimmen. „Saar und Mosel, Rhein und Mosel, wollen Deutschlands Hüter sein“, so lautet der Singspruch unserer Tagung. Hüter und Wächter deutscher Treue hier im Westen des Reiches. Treue um Treue! In dieser geschäftlich getragenen Sitzung, geweiht dem Andenken unserer verstorbenen alten Ritters Wilhelm, des Günstigers des Reiches, wollen wir uns bekennen zur Treue zu diesem einzigen Reich durch den Ruf:

„Unser liebes deutsches Vaterland hoch!“
Zubehel stimmte die Menge in das Hoch auf das deutsche Vaterland ein, und weithin erklangen über den deutschen Rhein hinweg die ersten Klänge des niederländischen Dankgebets, mit dem die eindruß- und weithelwe Ruedung ihren Anstich fand.

Der Besuch bei Hindenburg

Kabinettsbildung kommt nicht in Frage.

Berlin, 10. September.

Der angekündigte Besuch des Reichstagspräsidenten bei Hindenburg erfolgte nach der angenehmen Zeit kurz nach 11½ Uhr. An dem ersten Wagen, an dem zwei Fahnenkreuzfahrern befestigt waren, sah der Reichstagspräsident Göring, in dem zweiten Automobil, dem Dienstwagen des Reichstages, hatten die Vizepräsidenten Esser, Graef und Rauch genannt. Dieser Wagen führte die schwarz-rot-goldene Reichsfahne. Göring wurde von dem Publikum, das den gegenüberliegenden Bürgersteig dicht beengt hielt, mit stürmischen Heulrufen begrüßt. Bereits zehn Minuten nach 11½ Uhr verließen die Herren wieder das Palais des Reichspräsidenten. Ueber den Besuch wurde folgendes amtliche Kommuniqué veröffentlicht:

Reichspräsident von Hindenburg empfing das neu gewählte Präsidium des Reichstages: Reichstagspräsident Göring und die Vizepräsidenten Esser, Graef (Hüringen) und Rauch. Reichstagspräsident Göring stellte das neue Präsidium vor; der Herr Reichspräsident dankte für den Besuch und sprach den Herren seine besten Wünsche für die Erfüllung ihrer Aufgabe aus. Hierauf schloß sich eine kurze Ansprache über die politische Lage.

Dieses Kommuniqué über ein politisch überaus bedeutungsvolles Ereignis ist reichlich dürftig, besonders da auch bekannt wurde, daß die Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und den berufenen Vertretern des Parlamentes wenn auch kurz, so doch nicht inhaltslos verlaufen war. An dem Empfang hat auch Staatssekretär Dr. Meißner teilgenommen. Im Anschluß an die Vorstellung des Präsidiums entwidete sich eine Aussprache, die etwa 20 Minuten dauerte und bei der alle Herren des Präsidiums zu Worte kamen.

Reichstagspräsident Göring legte dar, daß der Reichstag eine arbeitsfähige Mehrheit habe. Vizepräsident Graef widersprach über diesen Ausführungen grundsätzlich mit dem Hinweis darauf, daß es nicht Aufgabe des Reichstagspräsidiums sei, politische Verhandlungen mit dem Reichspräsidenten einzuleiten. Auch der Reichspräsident stellte sich auf einen ähnlichen Standpunkt, fügte aber hinzu, er habe nichts dagegen, daß die Herren ihre Auffassungen zum Ausdruck brächten.

Die Herren Göring und Esser haben dann dem Reichspräsidenten ihren Standpunkt in dem Sinne auseinandergesetzt, wie er in durch die Erläuterungen bekannt ist, die in den letzten Tagen von führenden Stellen ihrer Parteien abgegeben worden sind.

Die Ausführungen des Präsidenten Göring gipfelten in der Bitte, seine letzten Entscheidungen nicht eher zu fassen, als er die Führer der großen Parteien empfangen und ihre Ansichten kennengelernt habe, damit der Versuch gemacht werde, eine Zusammenarbeit zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichstag herbeizuführen. Der Reichspräsident hat sich seine letzte Entscheidung vorbehalten.

Damit war die Aussprache beendet.

Wie weiter mitgeteilt wird, soll der Reichspräsident auf die Erklärung Görings, daß der neue Reichstag keineswegs aktionsunfähig sei, daß es eine Mehrheit gebe, mit der eine Regierung zusammenarbeiten könne, wobei er aber sehr deutlich umhertrie, daß mit dieser Regierung nicht das gegenwärtige Kabinett von Wapen gemeint sei, geantwortet haben,

und Krü und der Sozialrenten notwendig geworden seien. Im besonderen bedürfen die freisangehörigen Gemeinden einer Mitbestimmung an der Reichsfeier anstatt der bisherigen unzureichenden Entlastung von 70 Prozent des Kräftefünftels. Die Bürgerfeiere werde den Gemeinden nur einen Vorteil für die nächsten drei Monate gewähren, dagegen ihre Entnahmen in den nächsten sechs Monaten um ungefähr den gleichen Betrag vergrößern.

In einer Beratung der Gemeindefragen bedürfe es eines neuen Finanzausgleichs und eines neuen Gemeindefeuersteuersystems mit ausreichenden eigenen Entnahmen und eigenem Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden.

Das Büro der Abrüstungskonferenz

Tagungsprogramm für den 21. September.

Genf, 11. September.

Das Büro der Abrüstungskonferenz wird gemäß der von der Generalkommission am 23. Juli angenommenen Entschließung am 21. September zusammentreten. Diese Entschließung hat das Büro beauftragt, für die jetzt in Frage, über die bereits eine Einigung erzielt worden ist, Textentwürfe abzufassen (nötigenfalls unter Mitwirkung eines Redaktionsbüros). Diese Texte sollen später allen Delegationen unterbreitet und dann von der Generalkommission geprüft werden. Das Büro hat ferner mit Hilfe der beteiligten Regierungen diejenigen Fragen zu prüfen, die ein eingehendes Studium erfordern, damit, sobald die Generalkommission wieder zusammentritt, präzise Schlussfolgerungen erreicht werden können.

Es handelt sich hierbei um folgende Fragen: Heeresstärke, Begrenzung der Rüstungsansgaben, Waffenherstellung und Waffenhandel. Was diese letztere Frage betrifft, so hat das Büro den Auftrag erhalten, ein besonderes Komitee einzusetzen, das der Konferenz Vorschläge über die Regulierung der privaten und staatlichen Waffenherstellung und des Waffenhandels unterbreiten soll.

Ferner hat das Büro den Zeitpunkt des Wiederzusammentritts der Generalkommission der Konferenz festzusetzen und einen Monat vorher bekanntzugeben. Das Büro der Abrüstungskonferenz besteht aus folgenden Persönlichkeiten: Herron, Präsident der Konferenz und der Generalkommission, Motta, Ehrenpräsident der Konferenz, Politis, Vizepräsident der Generalkommission, Benich, Berichterstatter der Generalkommission, Suero, Präsident der Landkommission, Moresco, Präsident der Flottenkommission, de Madariaga, Präsident der Luftkommission und de Basconcelos, Präsident der Kommission für Wehransgaben. Ferner gehören dem Büro die vierzehn Vizepräsidenten der Kommission an, nämlich die Vertreter Argentiniens, Belgiens, Deutschlands, Englands, Frankreichs, Italiens, Japans, Österreichs, Polens, Schwedens, Spaniens, der Tschechoslowakei, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika.

Das technische Komitee der Kommission für Wehransgaben hat seine Arbeiten heute wieder aufgenommen.

Die französische Antwortnote

Durch Francois-Poncet in Berlin überreicht.

Paris, 11. September.

Der französische Ministerrat hat die von Herriot verfaßte Antwort an Deutschland in der Rüstungsfrage genehmigt, und die Note ist mit Kurier dem französischen Botschafter in Berlin zugeleitet worden, der sie der Reichsregierung überreichen wird. Danach dürfte ihre Veröffentlichung erfolgen.

In Paris ist nach dem Abschluß des Ministerates ein kurzes amtliches Communiqué herausgegeben worden, das die einstimmige Billigung der Antwort durch alle Mitglieder der Regierung feststellt und gleichzeitig von den anderen Angelegenheiten Kenntnis gibt, mit denen sich dieser Ministerrat am Abend beschäftigt hat. Der Weg, auf dem die französische Antwort der Reichsregierung zugeleitet wird, ist anders gewählt worden als man in Pariser politischen Kreisen ursprünglich annahm, und damit erfüllen auch die Kombinationen, die anfindigen, daß der französische Kriegsmilitär Zeuge der Aussprache zwischen Herriot und dem Pariser deutschen Botschafter sein werde, in der dann das französische Dokument übergeben würde, ebenso wie in Berlin General von Schleicher der Unterredung des Reichsaussenministers mit dem französischen Botschafter beigewohnt habe.

Die französische Regierung hat einen etwas weniger betonten, dafür aber wichtiger gehaltenen Modus der Übermittlung gewählt, offenbar, weil sie den Wunsch hat, ihren Standpunkt festzuhalten, auch im Hinblick auf die Beratungen der Kammer in der nächsten Woche.

Man hat in Paris noch aus dem Gindrud gehabt, daß der Versuch, die französische Aktion durch eine irgendeine sichtbar werdende englische Aktion zu unterstützen, ergebnislos bleiben mußte, und daß es deshalb wenig Zweck hatte, noch länger den Druck nach London spielen zu lassen. Man scheint infolgedessen das Schwergewicht der französischen Propaganda bereits nach Genf zu verlegen, wo in wenigen Tagen das Büro der Abrüstungskonferenz zusammentreten wird, um den weiteren Arbeitsplan zu beraten, und wo sich dann zeigen wird, ob Deutschland im Stande ist, an diesen Arbeiten weiter tätig teilzunehmen.

Englische Vorschläge

Die öffentliche Meinung Englands zeigt volles Verständnis dafür, daß die englische Regierung von dem Vorgehen Frankreichs in der Abrüstungsfrage distanziert. England sucht, aus der Erkenntnis heraus, daß die französischen Methoden weder sachlich gerechtfertigt, noch in der Form glücklich sind, neue Wege zum Ausgleich der Gegensätze.

Dabei taucht der Vorschlag auf, im Falle des Scheiterns der deutsch-französischen Verhandlungen eine Verständigung zwischen England, Italien und Amerika anzustreben. Dafs diese Verständigung voll ein englischer Vorschlag sein, der in der Anerkennung der deutschen Forderungen sehr weit geht und vor allem jede Differenzierung Deutschlands ausschließt.

Keine politische Meldungen

Rückzahlung des letzten Sterling-Stiftungsgebots. Das Schatzamt hat in Paris die Angelegenheit des letzten Francs zurückgezahlt, die es am 10. September 1931 aufgenommen hat.

Annahme der spanischen Agrarreform. Die Cortes haben das Gesetz über die Agrarreform mit 318:19 Stimmen und das Katalanische Statut mit 314:24 Stimmen verabschiedet.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 12. September 1932

* Ein heftiger Sturm ging gestern abend über Remberg hinweg. In der Leipziger Straße wurde die Krone eines großen Kastanienbaums abgebrochen und stürzte um. Die dahinter liegende elektrische Leitung hing den stürzenden Baum aus, wodurch eine ernstliche Verletzungsgefahr der anliegenden Gebäude vermieden werden konnte. Noch am Abend wurde der Schaden behoben, zumal mit einem Reizen der elektrischen Leitung geredet werden mußte.

* **Feldbiebstahl.** Von dem Schneidermeister Braunsdorffchen Alter entwendeten bisher unerkannte Diebe eine ganze Anzahl Kohlstöpfe, und liegen nur die schlecht entwickelten Stiele. Dieser Diebstahl trifft wieder einmal einen der Armen. Die alten Leute haben sich das Stüchchen Alter gepachtet um ein bißchen Gemüse zu ernten, und haben gern die für sie doch immerhin beschwerliche Arbeit geleistet. Ihre Freude und Hoffnung ist dahin. Hoffentlich geht aber doch einmal die Feststellung der Diebe.

* Ein **Pflanzen-Kuriosum.** Gärtner Franz fand bei seinen blühenden Akeren einen Akerstengel, der an Stelle der normalen einen Blüte deren eine ganze Reihe hat. Sie sind so dicht zusammen gedrängt, daß ein Zählen der einzelnen Blüten unmöglich ist!

* **Gäste im Sinne des Gaststättengesetzes.** Das Oberlandesgericht Hamburg hat am 10. 11. 1930 folgendes für alle Gastwirte sehr wichtige Urteil R III 116/30 gefällt: „Der Angeklagte hat nach dem Eintritt der Polizeistunde 4 Gäste in seinen Schankräumen verweilen lassen. Bei Beginn der Polizeistunde hat er ihnen erklärt, er laße sie zum Stat ein. Getränke sind nach Eintritt der Polizeistunde nicht verabreicht. Die Verurteilung aus § 29 Ziff. 7 des Gaststättengesetzes ist gerechtfertigt. Daß ein Gast während des ganzen Aufenthaltes in der Wirtschaft Speisen und Getränke verzehrt, ist nicht erforderlich, er kann sich mit Velen oder Kartenspiel begnügen. Auch für solche Gäste gilt die Polizeistunde. — Es ist anzunehmen, daß das Verhalten des Angeklagten seinen Grund lediglich in dem allerdings irigen Glauben gehabt hat, der Gast, der nach der Polizeistunde nicht mehr verzehrt, könne als Privatgast ungehindert in den Schankräumen bleiben. Da dieser faktuelle Irrtum nicht beachtlich ist, ist die Verurteilung gerechtfertigt.“

* **Die Niederlegung der Hauszinssteuer.** Das Wichtigste für jeden Mieter und Vermieter ist im Augenblick die Frage, ob und wie die Hauszinssteuer für die genutzte Wohnung jetzt niedergezahlt werden kann. Die Hauszinssteuerordnung hat in letzter Zeit verschiedene große Änderungen erfahren, insbesondere durch die Verordnung vom 20. August 1932, wonach den Mietern im Falle ihrer „Hilfsbedürftigkeit“ die Hauszinssteuer niedergezahlt werden soll. Aber auch jeder notleidende Hausbesitzer hat die Möglichkeit unter gewissen Voraussetzungen eine Niederlegung der Hauszinssteuer zu erlangen. Es sind also heute erhebliche Steuerersparungen zu erzielen. Allerdings sind die gesetzlichen Bestimmungen reichlich kompliziert und deshalb ist ganz besonders das soeben erwähnte Werkbüchlein „Die Niederlegung der Hauszinssteuer“ von Bondirektor a. D. Rud. Körfgen, Steuerfachverständiger in Bonn zum sofortigen Bezuge zu empfehlen, wenn man rechtzeitig alle Verfügungen erhalten will. Das Büchlein ist zum Preise von RM 2.— durch R. Körfgen in Bonn, Ermelestraße 1, Postfachkonto Köln 108131 zu beziehen. Der Bezug kann unter Vorkauf nur empfohlen werden, da schon eine einzige Auskunft das Büchlein mehrfach bezahlt macht.

* **Zweverband Halle-Nordhausen.** Die von den Vollerwartungen der Industrie- und Handelskammern zu Halle und Nordhausen beschlossene Gründung eines Zweverbandes hat durch die Genehmigung der Satzungen durch den Preussischen Minister für Handel und Gewerbe Rechtskraft erlangt. Der Zweverband ist damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes geworden; er führt den Namen „Verband der Industrie- und Handelskammer Halle-Nordhausen“. Die Geschäftsführung des Verbandes liegt bei der Industrie- und Handelskammer zu Halle.

* **Wie verhalte ich mich bei Klagen? Klagen oder verklagen lassen — welches Gericht ist zuständig? — Zahlungsbeholdung oder Klage — Zahlungsfreiheiten? — Soll man Veräumnisurteil beantragen? Was macht man bei Ladungen zu auswärtigen Terminen? — Gewährung des Armenrechts — Mit welchen Kosten muß ich rechnen? — Welche Kosten kann man von Gegner erstattet verlangen? — Alle diese wichtigen Fragen der Praxis behandelt ein ausführlicher Auflass in der „Wirtschaftlichen Kurzbrieven“ Weitere aktuelle Aufsätze behandeln unter anderem: Lohnsteuerfragen — Rechtsprechung aus dem Bauparassenselnden — die neue Arbeitslohnstufe u. a. Die W. H. haben schon manchem Geschäftsmann hunderte von Mark an Steuern parieren helfen. — Fordern Sie deshalb kostenlos Probe-nummern vom Rudolf Lorenz Verlag, Charlottenburg 9, S. 26.**

* **Zeugengebühren nur bei Verdienstausfall!** Personen, die vor Gericht als Zeugen benannt werden, haben nur einen Anspruch auf Zeugengebühren, wenn sie einen Verdienstausfall zu verzeichnen haben. Ohne einen solchen in Wirklichkeit erlitten zu haben, hatte ein Schlosser in Weg-nitz in vier Fällen unberechtigte Zeugengebühren abge-nommen. Wegen Betrugs vor dem Amtsgericht angeklagt, wurde er zu 12 Tagen Gefängnis verurteilt.

* **„Haarglanz“ heißt erkranktes Haar!** Schlaf und frische verdorrtes Haar, das meist an gepalteten Spitzen leidet, wird durch Haarglanz wieder frisch und elastisch. „Haarglanz“ erhalten Sie mit jedem weichen Beutel Schwarz-pfö-Schönung, dem mildesten Haarpflegemittel und auch mit dem hochwertigen, teilsweise wasserlöslichen Schwarz-pfö-Tetra für Blondinen „Extra-Blond“, die aufhellende Spezial-Creme!

* **In der jetzigen schweren Zeit, wo Gemüse- und Kartoffelgerichte immer häufiger ohne Fleisch als vollstän-dige Mahlzeit auf den Tisch kommen, ist Wagga's Würze eine wertvolle Hilfe bei deren Zubereitung. Wenige Tropfen**

den fertig gekochten Gemüse zugelegt, geben kräftigen Wohlgeschmack und machen die Gemüse auch beförmlicher.

Grüßengeldchen. (Der Betrage abermals um Bürger-meister gewährt.) Bei der in der gestrigen Stadterver-neuerung infolge Formfehlers abermals stattgefundenen Bürgermeisterwahl wurde Dr. Hans-Ctto Bethe (NSDAP) aus Werberg wiederholt mit 8 Stimmen zum Bürger-meister unserer Stadt gewählt. Sparkassendirektor Schulze Berlin-Vogterfelde (parteilos) erhielt 2 Stimmen und der Kandidat der KPD, Wilh. Wollmann aus Ammendorf erhielt 2 Stimmen. — Stadtr. Spargil will wegen Nicht-erkennung eines Wahlvorschlages, in dem er Bürger-meister Meier vorschlug, bei der zuständigen Regierungs-behörde gegen die Wahl Einspruch erheben, so daß erst diese Wahl zum dritten Male vorzunehmen ist.

Saalkreis ohne Unterstützungsmittel

Halle. Der Saalkreis war am Freitag nicht in der Lage, seinen Gemeinderäten die Pflichtanteile für die Wohlfahrtsunterstützungen auszusagen. Der Kreisführerverband hat weder von den Reichs- noch den Landesstellen die ihm zuzurechnenden Beträge erhalten. Er war daher nicht in der Lage, die Anschuldigungen an die Gemeinden vorzubringen zu können. Die sämtliche Gemeinden des Saalkreises betroffen wurden, war am Freitag eine Ansetzung der Wohlfahrtsunterstützung nirgends möglich. Auf telegraphische Vorstellungen erhielt der Saalkreis die Zusage, daß die Beträge gezahlt werden, um die Anschuldigungen am Sonntag zu ermöglichen.

Bürovorsteher unterfängt 60.000 Mark

Herzog a. d. Elbe. Bei dem Rechtsanwalt und Notar Bergmann sind große Unterschlagungen des Bürovorstehers Matting aufgedeckt worden, die sich auf etwa 60.000 Mark belaufen sollen. Die Verhaftungen sollen einige Monate zurückreichen. Matting war 13 Jahre bei Rechtsanwalt Bergmann tätig und gegen dessen volles Vertrauen. Erst in letzter Zeit hatte er geschäftliche Mani-pulationen unternommen, die Mißtrauen erregten. Der Bürovorsteher hat sich zuerst nach Berlin begeben und dann nach Berlin gewandt, bezieht aber keinen Aus-lauschlag. Die Ermittlungen sind im Gange.

Neue Entlassungen bei der Reichsbahn?

Halle. Auf einer von 150 Funktionären besetzten Versammlung der Gewerkschaft Eisenbahner, Bauingenieur Halle, wurde bekanntgegeben, daß die Reichs-bahndirektion Halle beanfiehlt, 3000 Lohnempfänger zu entlassen. 600 Personen sind bereits entlassen worden.

Wahlauflösung und Oberbürgermeisterfrage.

Halle. In einer Sitzung des Wahlausschusses der Stadterverordnetenversammlung wurde beschloffen, der Stadterverordnetenversammlung den gegenwärtigen Bürger-meister Veltjen zum Oberbürgermeister vorzuschlagen. Obwohl Bürgermeister Veltjen sich nicht beworben hat, wird von Seiten des Wahlausschusses keine Kandidatur

Gewinnsummen

a. Klasse 39. Preussisch-Eidgenössische Staats-Lotterie.

Obne Gewinn. Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne

geteilt, und zwar je eins auf die rote gleiche Nummer

in den beiden Hälften I und II

28. Ziehungstag. 9. September 1932

An der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 59205
18 Gewinne zu 5000 M. 24436 30284 113980 174311 178698 199271
10 Gewinne zu 2000 M. 276751
20 Gewinne zu 3000 M. 158888 198860 169947 175070 192081
56 Gewinne zu 2000 M. 18411 20136 19588 42998 44911 71840
106361 106368 112638 170005 151153 162200 171580 17202 17619 17837
182119 171769 237878 248419 255865 285482 302341 345971 359640
359590 373445 373590
112 Gewinne zu 1000 M. 5998 7203 44642 46515 50677 52707 53265
78502 82259 105270 97846 102170 110900 112385 118994 138303
142522 142525 154204 160025 182290 200201 21580 22719 23214
181586 206043 211034 21319 223005 223662 230805 239379 240444
247289 281151 292306 300326 303266 309226 327197 329274
321403 323889 334923 339743 340271 340936 348156 356011 361192
369027 374151 385658 397317
163 Gewinne zu 500 M. 11020 15178 16710 17133 26968 27011
27041 36938 45754 48492 49575 53048 53330 60991 69144 69395
70578 78233 77430 80598 100747 100749 100891 102956 103160
112586 119058 140340 141827 145277 148596 152748 159543 159895
17623 181145 172878 173980 174006 180234 180302 180994 189994
192432 201242 206284 210328 212842 218489 226262 227197 231074
240338 242150 243876 248403 252890 259770 260284 260954 2651107
267191 281101 280120 30111 311878 323232 323232 323232
343790 338955 33424 344002 338981 338573 331108 34414 345754
34741 34749 344249 349583 357798 362955 365363 369789
389651 389662 396642 398986 397746

An der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 75000 M. 276751
2 Gewinne zu 10000 M. 33643
3 Gewinne zu 5000 M. 70427 154901 164878 344203
10 Gewinne zu 3000 M. 45226 90188 100678 312123 321388
38 Gewinne zu 2000 M. 4094 14386 24133 65612 85409 95763
101134 106773 117093 131650 161093 175862 188629 206519 211704
221180 234952 239528 289474 272436 286868 317584 340278 374203
38 Gewinne zu 1000 M. 24887 29798 38860 36148 40888 68792
69632 109248 109667 120438 137275 142717 147604 189266 194013
201387 213689 214439 223084 223808 230392 235389 260294 278743
284380 285790 308774 322507 328441 329007 337853 339895 349123
351485 351485 359062 368612 371773 373241 374028 374731 375992
387227 397714
169 Gewinne zu 500 M. 18298 30987 32944 33510 34700 35222 44700
47037 54093 57713 71924 71929 73408 76671 80712 80819 82319
84894 89226 96983 121006 122767 130691 140498 134662 149020
150338 152945 204590 234415 234838 231276 23181 245888 250111 259660
267982 275862 279053 281299 283396 286505 307199 308383 321469
330309 331923 337366 37293 37710 391786
166 Gewinne zu 500 M. 4835 28970 25895 29298 36281 37442
38544 43019 43950 46818 46835 50842 55266 55978 60769 60769
71294 68490 97711 10232 10329 109092 110711
128447 137740 142669 143290 144273 145222 148822 162784 173460
172944 184876 185091 192885 193800 202265 203111 206988 211080
211669 216145 218942 220245 220981 224269 228864 239290 239377
245239 245239 246488 246488 246488 246488 246488 246488 246488
276539 279133 279133 279133 282634 285114 289275 314418 314879
337510 344674 351120 352496 353274 350113 363587 368763 371359
376788 382492 382492 382492 382492

29. Ziehungstag. 10. September 1932

An der heutigen Ziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 145728
12 Gewinne zu 5000 M. 21261 141215 167873 235383 282428 370016
30 Gewinne zu 3000 M. 15005 16393 148218 161274 169084 190958
199338 21295 224590 274748 27484 336429 345118 36928 37192
40 Gewinne zu 2000 M. 923 23175 46485 59098 66299 122655
128921 131685 132631 153816 162280 241985 242658 244471 258388
265404 265808 371808 382111 387612
66 Gewinne zu 1000 M. 11280 15019 47419 61960 74330 82493
82510 93356 10405 116437 122681 129280 130131 131777
136261 140316 144933 148864 152005 160457 167499 180676 182925
189338 21295 224590 274748 27484 336429 345118 36928 37192
265802 275862 279053 281299 283396 286505 307199 308383 321469
330309 331923 337366 37293 37710 391786
166 Gewinne zu 500 M. 4835 28970 25895 29298 36281 37442
38544 43019 43950 46818 46835 50842 55266 55978 60769 60769
71294 68490 97711 10232 10329 109092 110711
128447 137740 142669 143290 144273 145222 148822 162784 173460
172944 184876 185091 192885 193800 202265 203111 206988 211080
211669 216145 218942 220245 220981 224269 228864 239290 239377
245239 245239 246488 246488 246488 246488 246488 246488 246488
276539 279133 279133 279133 282634 285114 289275 314418 314879
337510 344674 351120 352496 353274 350113 363587 368763 371359
376788 382492 382492 382492 382492

Im Gewinnrade verbleiben: 2 Prämien je zu 50000, 100 Schlupprämien je zu 8000, 2 Gewinne je zu 50000, 6 zu je 5000, 12 zu je 8000, 26 zu je 2000, 44 zu je 1000, 72 zu je 500, 216 zu je 400 M.

ernent aufgestellt. Weiter beschloß der Wahlausschuß, den gegenwärtigen Stadtkämmerer Dr. M. a. H. an die Stelle des Bürgermeisters zu betrauen, ihn aber gleichzeitig auf seinen bisherigen Posten zu belassen. Da auch der Hofen des verstorbenen Stadtrats Döls unbesetzt bleibt, würden zwei Stellen im halbjährigen Magistrat eingepart werden.

Die Gelder wurden gezahlt.

Halle. Am Freitag war es, wie gemeldet, nicht möglich, in den Gemeinden des Saalkreises die Unterführungen auszusuchen, da die erforderlichen Reichs- und Staatsgelder beim Kreis- und Wohlfahrtsamt nicht einzingeln. Die Gelder sind aber am Sonnabend ausbezahlt worden.

Bekannter hallischer Spezialarzt erkrankt.

Halle. Der bekannte, am Riebedplatz praktizierende Facharzt Dr. med. Voës wurde Freitag mittig in seinem Sprechzimmer von einem Patienten ergriffen. Dr. Voës wurde sofort nach der Klinik gebracht, ist aber dort nach kurzer Zeit gestorben. Bis die Schiffe feien, besaßen sich drei Personen, zwei Damen und ein Herr, in den Warterräumen, die beim Fall der Schiffe sofort die Wohnung verließen. Der Säler ist bis zur Stunde noch unbekannt.

Der Mörder des Arztes gefaßt.

Er begeht eine neue Mordtat aus Eifersucht.

Halle. Der 38jährige Kaufmann Heinrich Weder aus Halle a. d. S. hat am Sonntag in Duisburg den Hausbesitzer Heinrich Weidmann, 6 wohnenden Oldisrieder Heinrich Buchholz erschossen, weil Buchholz angeblich früher mit der Ehefrau des Weder ein Verhältnis gehabt hat. Weder hat bereits am 16. August 1927 auf der Straße in Halle seine Ehefrau wegen dieses Verhältnisses erschossen, wurde aber später begnadigt. Bei der Vernehmung des Mörders kam es zu einer Sensation. Weder gab an, er sei eigens von Halle nach Duisburg gekommen, um sich zu rächen. Er sei es auch gewesen, der am Freitag mittig den Facharzt Dr. Voës in seinem Sprechzimmer erschossen habe. Auch Dr. Voës habe zu den Männern gehört, die mit seiner Frau Beziehungen unterhalten hätten.

Halle. Nachts fuhr am Ueberweg des alten Thüringer Bahnhofes an der Raffineriestraße ein mit fünf Personen besetzter Kraftwagen gegen die geschlossene Schranke. Der mächtige Schrankenbalken wurde durchbrochen und der Wagen fuhr gegen den durchgehenden Überführungsauszug 13 774 und wurde leicht beschädigt. Der leer fahrende Zug hielt sofort, erster Schaden ist nirgends entstanden. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Hinenburg als Pate.

Reichspräsident v. Hindenburg bereits die Patenschaft des 15. Kindes eines Ehepaares in Nonneville übernommen, jetzt hat er sich auch als Pate beim lebenden Sohn des Rentienempfangers G. W. in Znojau eintragen lassen.

Die Volksschule geschlossen.

Fargau. Die Volksschule ist ab Freitag bis zum 1. Oktober wegen ansteckender Krankheiten unter den Kindern geschlossen worden. 99 Kinder der Volksschule sind nach Mitteilung des Leiters dem Unterricht wegen Erkrankung ferngeblieben. Festgestellt sind neben mehreren Typhusfällen Erkrankungen an Scharlach und Mandelentzündung.

Rad Wibra. Vom eigenen Fuhrwerk wurde ein Fleischermeister aus Weiskesfeld überfahren, als er auf dem Motorrad den vor ihm fahrenden Wagen überholen wollte. Er kam dabei zu Sturz, geriet unter das Gefährt und erlitt erhebliche Verletzungen.

Sülzba. Vermißt wird seit dem 27. August der 15jährige Baderlehrling Willi Krause, der an dem genannten Tage für seinen Meister etwas besorgen sollte, von dem Gang jedoch nicht zurückkehrte. Der Verhörung soll geäußert haben, er habe keine Lust mehr, zu lernen. Anheimeld hat er sich einem Jhrts angegeschlossen.

Der „Kudam“ auf den Tempelsteinen.

Arndsee (Altmark). Gustaf Nagel, der seit jeher eine große Scheu vor dem Teufelsablen an den Tag gelegt. Jetzt ergriffen der Vollstreckungsbeamte bei ihm. Da er jedoch nichts Vandalbares vorfand, ließe er seinen Siegel an 700 Mauersteine, die Gustaf Nagel für einen zweiten Tempelbau hatte anfragen lassen. Der Bau war bisher noch nicht genehmigt worden. Die Abfahrt der Steine ging nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten vor sich.

Halberstadt. Das Schöffengericht verurteilte den Kaufmann Robra aus Algersleben wegen großer Betrügereien zu einem Jahr Gefängnis. Robra war Geschäftsführer einer gleichnamigen Samenhandlung, die während der Finanzjahren der Firma hatte der Angeklagte in mehreren Fällen Rüdenamen minderwertiger Sorten zum Breite hochwertiger Samen verkauft. Der angerichtete Schaden ist ziemlich groß. Ein Käufer hat 14.000 Mark eingebüßt.

„Kektor“ aus eigener Macht.

Naumburg. Der „Kektor“ Alfred Schurow aus Köhlerleben war von der Regierung für die zu besetzende Kektorstelle an der Bergschule in Weiskesfeld vorgeschlagen worden. Er hatte bei seiner Bewerbung amtlich beglaubigte Abschriften von Zeugnissen und ein Doktordiplom eingereicht, die sich als falsch erwiesen. Das Schöffengericht erkannte auf 40 Mark Geldstrafe für die Urkundenfälschung und 40 Mark wegen Verletzung eines ihm nicht zustehenden Titels.

Challenburg bei Sömmerda. Fünf Arbeitsfreie willige Verwendung an Alten Unstrutarm bei Regulierungsarbeiten am Fußbett. Beim Transport der Erdmassen gab ein Balken nach, dabei stießen zwei Transporter zusammen und führten mit einer dritten ins Wasser. Vier Arbeiter, die aus Weiskesfeld und Straußfurt stammten, wurden beim Abstieg mit den Rollen mehr oder weniger schwer verletzt. Ein fünfter Arbeiter sog sich einen Knöchelbruch zu. Die Verletzungen erwiesen sich zum Glück als nicht gefährlich.

Konsum- und Sparverein Halberstadt zusammengebrochen. Halberstadt. Der Konsum- und Sparverein Halberstadt hat seine Zahlungen eingestellt und seine Mitglieder aufgefordert, zu einem am 12. September stattfindenden Gerichtstermin zu erscheinen. In dieser Versammlung soll über die von den Mitgliedern zu zahlende Haftsumme beraten werden. Es soll zwar mit möglicher Schonung der erwerbslosen Mitglieder vorgegangen werden, der Konsumverwalter hat jedoch den Antrag gestellt, von jedem der Mitglieder die volle Haftsumme von 30 Mark pro Kopf einzuziehen, um eine Bedung der Außenstände zu ermöglichen.

Zihornetisch (Kr. Bitterfeld). In das Gemeindeamt Zihornetisch wurde nachts eingebrochen und dabei der eingemauerte Tresor gestohlen. Die Diebe drangen wahrscheinlich mit Nachschlüssel durch die Tür und brachen ihn mit großen Brecheisen aus der Wand. Man glaubt, daß zwei oder drei Mann an dieser „schweren Arbeit“ beteiligt waren. Sie hätten aber nicht ganz auf ihre Rechnung gekommen sein, da sie nur etwa 800 bis 900 Mark erbeuteten, statt der erwarteten 3000 bis 4000 Mark, die am Freitag für die Auszahlung der Unterführung benötigt wurden. Die Diebe hatten aber nicht gewagt, daß nachts über die Gelder nicht in der Gemeindekasse aufbewahrt werden.

Halle. Ein früherer Lackereiarbeiter aus Berlin hatte sich wegen mehrfachen Betrugs und fahrlässigen Fallgebisses zu verantworten. Der Betreffende hatte im Jahre 1927 in dem hallischen Vorort D. e. m. h. eine Lackerei gegründet. Seine Spezialität war eine harte und haltbare „Bausenfarbe“, die er selbst erfunden und zum Patent angemeldet hatte, allerdings ohne Erfolg. Das Unternehmen, in dem nur zwei Arbeiter beschäftigt wurden, bezeichnete er großspurig als Großbetrieb, obwohl es schließlich für 400 Mark verkauft wurde. Er wurde wegen Fallgebisses zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Der zweite Teil der Anklage umfaßt etwa 20 Betrügereien an „Gründerbüchern“, „Scheine“, „Geschäftsverträgen“ usw., denen er Kauttionen und sonstige Einlagen abnahm. Ein Opfer hatte als Kauttion für eine „Patentbewertung“ das Sparbüchlein seiner Frau mit über 2500 Mark gegeben. Der Schwindler gab das Buch beim Kauf eines Autos in Zahlung und ließ sich den Ueberbisch von 900 Mark ausbändigen. Weiter machte er in Pettin bei Halle eine „Malerschule“ auf, in der er in einem vierwöchigen Kurs bei 150 Mark Honorar Schüler zu „perfekten Schriftmalern“ auszubilden wollte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Gesamtstrafe von zwei Jahren neun Monaten Gefängnis und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren.

Berkärter Meierschulung in Thüringen

Regelung durch Notgesetz.

Weimar. In seiner Freitagssitzung ließ sich der Ständige Ausschuss des Landtages von Thüringen von der Regierung über ihr neues Notgesetz zur Neuordnung des Wohn- und Mietrechts Kenntnis geben. Die Regierung wird durch das Notgesetz das am 29. August fertiggestellte Gesetz, das bekanntlich zum Rücktritt der Regierung Baum-Förster führte, außer Kraft setzen und gleichzeitig eine neue Verordnung erlassen, mit deren Erfinden bereits heute, Sonnabend, zu rechnen ist. Die Neuordnung sieht u. a. insbesondere einen herabgesetzten Mietzins in der Gestalt vor, daß Kündigungen bereits nicht vor dem 1. April 1933 wirksam werden dürfen.

Die SPD-Fraktion erklärte sowohl den Erlaß des Notgesetzes als die vorhergehende Zurückziehung des Volksentscheids als auch den Inhalt des neuen Notgesetzes für verfassungswidrig. Sie hat schriftlichen Protest dagegen eingeleitet.

Frisches Hammelfleisch

empfehlen Louis Richter

Harzer Grüne-Büchsen-Lotterie

Ziehung: 19. Oktober 1932

Einzellos 50 Pf. — — — Doppellos 1.— M.

Gewinnplan:

- 2 Hauptgewinne 1 Automobil oder 1 Wochenendhaus im Werte von je RM 4000
- 2 Gewinne 1 Speisezimmer oder 1 Motorrad im Werte von je RM 1000
- 2 Gewinne 2erzimmer, Schlafzimmer, Leichtmotorrad im Werte von je RM 500
- 4 Gewinne Radio-Apparate, Kücheneinrichtung oder Guttschein im Werte von je RM 250
- 10 Gewinne im Werte von je RM 100
- 20 " " " " " 50
- 50 " " " " " 20
- 100 " " " " " 10
- 200 " " " " " 5

Auf Wunsch Auszahlung bei Gewinnen über RM 2 mit 90% in barem Gelde. Lose zu haben bei

Richard Arnold :: Buchhandlung :: Kemberg
Leipziger Straße und Markt

Prima frisches Rindfleisch

frische Flecke

empfehlen Willy Käth

Zur **Aufbesserung**

des Hauses

- empfehle ich alle Sorten
- Öl-, Leim- und Wasserfarben
- Fertige Fußböden-, Fenster- und Küchenmöbelfarben
- Neue Schablonen
- Leute, Firnis, Terpentin, Ciccativ, Lederlack, Eisenlack, Carbolinum, Salzfäure
- Ofenlack :: Ofenaluminium
- Leim in Tafeln, Pulver und halbfestflüssig, Schleimtreibe, Gips, Cement

Alle Sorten Zinsele
Rohrnägel :: Pappnägel

J. G. Glaubig

3 bis 4 Zimmer

Wohnung

mit Nebengelaß
event. auch kleines Haus zu mieten
gehört. Angebote unter K an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Krieger- u. Landwehr-Verein

Zur Beerdigung unseres Kameraden Oswald Birkner wird am Mittwoch nachm. 1/3 Uhr am Vereinslokal „Doppfenblüte“ angetreten. Beteiligung aller Kameraden ist Ehrenpflicht.

Der Vorstand

Kochen Sie MAGGI'S Suppen

Sie sparen Arbeit, Zeit und Geld

— 32 Sorten —

Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine!

Handarbeiten

in reichhaltiger Auswahl

sowie sämtliche

Stickereimaterialien - Handarbeitswollen

Handarbeitsablen - Modenzeitungen - Abplättmuster

erhältlich bei

Richard Arnold - Kemberg - Markt 3

Bürger-Verein

Zu der am **Dienstag, den 13. September**, abends 8 1/2 Uhr in der Doppfenblüte stattfindenden

außerordentl. Generalversammlung

werden sämtliche Mitglieder hierdurch eingeladen. Der Vorstand

Plötzlich und unerwartet starb mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel

der Landwirt

Oswald Birkner

im fast vollendeten 62. Lebensjahre.

Dies zeigen im Namen aller Hinterbliebenen an

Frau Anna Birkner und Kinder

Die Beerdigung findet am Mittwoch nachm. 3 Uhr statt

la. Fettbücklinge

ger. Schellfisch

marinierte Heringe

am Dienstag frisch

frischen Schellfisch

Goldbarsch, Fischfilet

Richard Tempelhof, Tel 256

Muskochen

empfehlen

ff. Rübensaft

feinstes

Musgewürz

J. G. Glaubig

Mus-, Kuchen- und Einmachepflaumen

ab Dienstag zum

zum billigsten Tagespreis

Bestellungen nehme entgegen

Ernst Heinrich, Dübenerstr. 16

Pferd und Wagen

steht zum Verkauf. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Stg.

Geld

erhält jeder für alle Zwecke un-

fälschbar ohne Zinsen, 3% Ver-

waltungsgebühren

Hans Seling, Schmiedebergstr. 12a

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernprediger Nr. 203

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Besondere Beilagen: "Kornmarkt-Sonntagsblatt" und "Allgemeines Unterhaltungsblatt". / Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. - Im Falle höherer Gewalt: Betriebsförderung Streifen usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Sechspolige Postzeitung oder deren Raum 15 Pfg., die Sechspolige Kleinzeitung 40 Pfg., Anzeigengebühren 50 Pfg. / Für Aufträge von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Übergabe und druckfertig geschriebener oder durch Fernsprecher abgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.- Mtl. das Laubend, zusätzlich Postgebühr? / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 108

Dienstag, den 13. September 1932

34. Jahrg.

Bekanntmachung.

Es ist vorgekommen, daß von Anschlussnehmern Eingriffe in die elektrischen Anlagen gemacht worden sind. Wir weisen deshalb darauf hin, daß nach dem Gesetz vom 9. April 1900 die Entnahme elektrischen Stromes unter Umgehung des Zählers schwerstens bestraft wird. Es sind angeordnet: 1. Gefängnisstrafen bis zu 5 Jahren, Geldstrafen bis zu 1500 RM und 3. Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Es kann auf alle drei Strafkategorien gleichzeitig erkannt werden. Auch der Verlust ist bereits strafbar. Eine polizeiliche Verhaftung kann nicht erfolgen, sondern die Verhaftung ist lediglich Angelegenheit des Gerichts Kemberg, den 9. September 1932.

134] Der Magistrat.

Ein Jahr Außenhandelskontrolle

Die Verträge, die internationalen Handel zu regulieren und einzuschränken, die schon seit längerer Zeit durch die allgemeinen Zollverhandlungen und das Scheitern umfangreicher Handelsstarifverhandlungen kompliziert wurden, erhielten in der zweiten Hälfte des Jahres 1931 eine methodische Bereicherung, als ein Schuldnerland nach dem anderen dazu überging, drastische Kontrollmaßnahmen über die Valuta zu verhängen, um die Stabilität der Währungsabwicklung so weit wie möglich zu sichern und gleichzeitig die Mittel für die Erfüllung von Zahlungspflichten gegenüber dem Ausland bereitzustellen. Dieser Teil der internationalen Handelsbemühungen war keineswegs neu; man hatte hierfür in der Inflationszeit verschiedene Vorbilder und vor allem im Zusammenhang mit der Stabilisierung verschiedener Währungen energische Maßnahmen zur Kontrolle der Valuta eingeleitet die dann meist auch sehr gewissenhaft durchgeführt wurden.

Der ernste Teil der Weltwirtschaftskrise begann, als sich im Mai 1931 in dem Zusammenhang der österreichischen Kreditanstalt die ganze Schwäche der finanziellen Situation offenbarte. Dazu kam auf der anderen Seite die Wirkung der Depression auf die Preise für landwirtschaftliche Produkte und damit auf die Exportwerte derjenigen Staaten, die von dem Export von Nahrungsmitteln und Rohstoffen leben. Für sie war es ausgeschlossen, ihre Exportwerte zugunsten einer Attenuierung der Handelskassen zu vergrößern, weil der internationale Markt einfach nicht in der Lage war, größere Mengen Rohstoffe und Nahrungsmittel aufzunehmen. Aber diese Staaten sind nun gerade die eigentlichen Schuldnerstaaten, deren Schuldenlast ohnehin schon durch das Sinken der in Gold gerechneten Weltmarktpreise wesentlich schwerer wurde. Hierüber vertrat sich die protektionistische Bewegung um die Mitte des Jahres 1931 so sehr, daß die Märkte tatsächlich voneinander abgetrennt wurden. Der erhöhte Zolltarif der Vereinigten Staaten von 1930 war nur der Anfang, es folgten alle Weite anderer schwerwiegender Tarifveränderungen. Frankreich und Belgien gingen im Herbst 1931 zum Kontingentsystem über, die Tschechoslowakei folgte und Schweden hatte schon im Juni ein Weizenmonopol eingeführt. Die und andere Einfuhrbeschränkungen wurden durch die dauernd weitergehenden Zollverhandlungen verdrängt, wobei vielfach die Maßnahmen selbst als Repräsentation gegen Zollverhandlungen begründet wurden. Ende 1931 war das Kontingentsystem schon weit verbreitet. Viele Länder hatten den Goldstandard aufgegeben, andere hatten aus demselben Grunde Dumpingzölle eingeführt und so kommunizierten sich die Handelsbemühungen in erschreckender Weise.

An erster Stelle stehen hierbei die Maßnahmen zur Kontrolle von Devisentransaktionen, die den Zweck haben, Kapitalflucht zu verhindern, und die Devisenkontrollen für die wichtigsten volkswirtschaftlichen Zwecke zu sichern. Kontrollen dieser Art hat man in Desterreich, Ungarn, Estland, Finnland, Deutschland, Griechenland, Lettland, der Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Argentinien, Brasilien, Chile und Indien, während in Norwegen die Banken eine nicht offizielle aber ebenso wirksame Kontrolle ausübten. In den ersten Monaten 1932 wurden solche Maßnahmen auch in Dänemark und Rumänien eingeführt, während Finnland sie wieder aufgab.

Direkte Einfuhrbeschränkungen in der Form von Kontingenten brachte das Jahr 1931 in der Tschechoslowakei, Frankreich, Italien, Lettland, Holland und in der Türkei, ausgesprochene Prohibitionsmaßnahmen in Dänemark, Estland, Polen, Tschechoslowakei, Türkei und Columbien. Einfuhrmonopole in Estland und Schweden, neue Einfuhrzölle in Großbritannien, Zollverhandlungen in Argentinien, Australien, Belgien, Brasilien, Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Holland, Indien, Italien, Lettland, Estland, Oesterreich, Polen, Südafrika und in der Schweiz und schließlich Zuschläge gegen Valutadumping in Canada und Frankreich.

Dazu kam die Aufgabe der Goldwährung in Argentinien, Australien, Brasilien, Dänemark, Finnland, Großbritannien, Indien, Japan, Neuseeland, Norwegen, Portugal und Schweden, also Einfuhrbeschränkungen für diese Märkte. Im Jahre 1932 folgten damit Bolivien, Chile, Griechenland, Siam und Peru. Dazu kamen in einigen Ländern Maßnahmen, die den Goldstandard außer nominell bestehen ließen,

praktisch aber zu ähnlichen Ergebnissen führen wie die Aufgabe des Goldstandards, so daß die Goldwährung eigentlich nur in einem halben Duzend Staaten ohne Einschränkung bestehen blieb.

Die Aufzählung dieser sich dauernd steigenden Beschränkungen erklärt zur Genüge die Zerrüttung des internationalen Handels. Denn neben der direkten Wirkung höherer Zölle wirkten diese Komplikationen indirekt ebenfalls außerordentlich hemmend. Die bürokratischen Formalitäten für den Außenhandel haben sich vervielfacht und sind außerordentlich kostspielig geworden. Einfuhrzölle, die für das laufende Jahr gewährt werden, verurteilen erst Verpöpfung und dann Auszehrung der Märkte oder, wenn sie monatlich gewährt werden, verhindern sie eine normale Entwicklung des Handels. Kontingente zerschneiden Weißbegünstigungsverträge und fügen die Beziehungen zwischen Nachfrage und Angebot. Die Einfuhrbeschränkungen, die von den Behörden im "nationalen Interesse" getroffen werden, unterbrechen die Beziehungen zwischen Produzenten und Konsumenten ergeben. Die Devisenkontrolle beruht fast ausschließlich auf dem Verschleissdienst stärker als die Erfordernisse der Einfuhr und so wird die Welt in ein Netzwerk von ad hoc geschaffenen Regulierungen eingepaßt, dessen Befestigung außerordentlich schwierig ist.

Zwei wird die Saar!

Saar-Lagung am Deutschen Geld in Koblenz

Koblenz, 11. September.

Der "Bund der Saarvereine", der für die Befreiung des Saargebietes nunmehr seit 13 Jahren kämpft, hat auf seiner diesjährigen Tagung in Koblenz in der großen deutschen Saarlagerung am Deutschen Geld am deutschen Rhein in Gegenwart von Tausenden und aber Tausenden deutscher Volksgenossen das Verlangen nach Gerechtigkeit für die Saar geformt.

In der geschäftlichen Sitzung des Bundes der Saarvereine war der Leiter der Geschäftsstelle Saar-Verein Berlin, Verwaltungsdirektor Theodor Vogel,

einen Rückblick auf die Tätigkeit der Organisation im vergangenen Jahre.

Er stellte dabei fest, daß die französische Saarpromaganda noch immer eine außerordentlich rege Tätigkeit entfaltet, was auf eine finanzkräftige Unterstützung durch einflussreiche Kreise in Frankreich schließen läßt. Das ergibt sich auch aus dem Verhalten jener unlaubaren Elemente im Saargebiet, deren Treiben von der Regierungs-Kommission gebührend und von den französischen Vorgesetzten im Saargebiet gefördert wird und darauf gerichtet ist, eine Rückkehr zum Reich zu vereiteln. Eine besondere Bedeutung hatte

die öffentliche Verarmung,

zu welcher sich eine fittliche Anzahl Zuhörer eingefunden hatten. Nach Worten herzlicher Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden, Senatspräsidenten Andres, richtete der Oberpräsident der Saarverwaltung, Dr. E. F. F. Westphal, das Wort an die Teilnehmer.



seiner Festsprache namens der Saarbefreiung, daß das Gefühl unauflösbarer Verbundenheit mit dem Reich und der Saar trotz aller Bedrohungen im Grenzschicksal niemals

schwankt habe. Man habe trotz allem im Saargebiet treue Wacht an der Westmar, bis die Zustimmung in zwei Jahren alle künftigen Reibel um das Saargebiet verheuche und der Welt beweise, daß die Saarbevölkerung deutsch sei und deutsch bleiben wolle auf alle Zeiten. Wie aber der Saarländer dem Reich die Treue gehalten habe, trotz aller Leiden und Bedrückungen, so erwarde er, daß auch das Reich ihm die Treue halte. Der Redner schloß mit dem eindringlichen Ruf: "Höre, Germania, die Saar, deine Tochter, ruft nach dir! Sie will wieder zu dir! Bebingungslos, reiflos, auf immer!" Dieser nachhaltige Appell an das Reich löste einen wahren Begeisterungsturm aus.

Im Anschluß daran verlas Verwaltungsdirektor Theodor Vogel eine Entschließung, in der die Rückkehr zum Reich als Recht und als Wiederherstellung dreizehnjährigen Unrechts gefordert wird.

"Deutsche Frauen und deutsche Männer" so sagte der Redner der Entschließung hinzu, die Sie hier zu dieser Stunde verlesamt sind, ich bin gewiß, daß Sie und mit uns aber Tausende deutscher Volksgenossen dieser Entschließung zustimmen. "Saar und Pfalz, Mosel und Rhein, wollen Deutschlands Hüter sein," so lautet der Sinnenpruch unserer Tagung, Hüter und Wächter deutscher Treue hier im Westen des Reiches Treue um Treue! An dieser geschichtlich geschaffenen Stelle, gewiß dem Andenken uneres unvergessenen alten Kaisers Wilhelm, des Einzigers des Reiches, wollen wir uns bekennen zur Treue zu diesem einen Reich durch den Ruf:

Unter liebes deutsches Vaterland hoch!"

Außerdem stimmte die Menge in das Hoch auf das deutsche Vaterland ein, und weithin erklangen über den deutschen Rhein hinweg die ersten Klänge des Niederländischen Dankgebets, mit dem die eindrucksvollen und weisevolle Kundgebung ihren Abschluß fand.

Der Besuch bei Hindenburg

Kabinettsausbildung kommt nicht in Frage.

Berlin, 10. September.

Der angeforderte Besuch des Reichstagspräsidenten bei Hindenburg erfolgte noch vor der angelegten Zeit kurz nach 11 1/2 Uhr. In dem ersten Wagen, an dem zwei Hofentreefrauen befestigt waren, sah der Reichstagspräsident Göring, in dem zweiten Automobil, dem Dienstwagen des Reichstages, hatten die Vizepräsidenten Esser, Graef und Rauch Platz genommen. Dieser Wagen führte die schwarz-rot-goldene Reichsflagge. Göring wurde von dem Publikum, das den gegenüberliegenden Bürgersteig dicht besetzt hielt, mit stürmischen Heulrufen begrüßt. Bereits zehn Minuten nach 11 1/2 Uhr verließen die Herren wieder das Palais des Reichspräsidenten. Über den Besuch wurde folgendes amtliche Communiqué veröffentlicht:

Reichspräsident von Hindenburg empfing das neu gewählte Präsidium des Reichstages: Reichstagspräsident Göring und die Vizepräsidenten Esser, Graef (Hüringen) und Rauch. Reichstagspräsident Göring stellte das neue Präsidium vor; der Herr Reichspräsident dankte für den Besuch und sprach den Herren seine besten Wünsche für die Erfüllung ihrer Aufgabe aus. Hieran schloß sich eine kurze Ansprache über die politische Lage.

Dieses Communiqué über ein politisch überaus bedeutungsvolles Ereignis ist reichlich hierfür, besonders da es bekannt wurde, daß die Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und den berufenen Vertretern des Parlaments wenn auch kurz, so doch nicht inhaltslos verlaufen war. An dem Empfang hat auch Staatssekretär Dr. Weisner teilgenommen. Im Anschluß an die Vorstellung des Präsidiums entwidete sich eine Aussprache, die etwa 20 Minuten dauerte und bei der alle Herren des Präsidiums zu Worte kamen.

Reichstagspräsident Göring legte dar, daß der Reichstag eine arbeitsfähige Mehrheit habe. Vizepräsident Graef widersprach über diesen Ausführungen grundsätzlich mit dem Hinweis darauf, daß es nicht Aufgabe des Reichstagspräsidiums sei, politische Verhandlungen mit dem Reichspräsidenten einzuleiten. Auch der Reichspräsident stellte sich auf einen ängstlichen Standpunkt, fügte aber hinzu, er habe nichts dagegen, daß die Herren ihre Auffassungen zum Ausdruck brächten.

Die Herren Göring und Esser haben dann dem Reichspräsidenten ihren Standpunkt in dem Sinne auseinandergesetzt, wie er ja durch die Erläuterungen bekannt ist, die in den letzten Tagen von führenden Stellen ihrer Parteien abgegeben worden sind.

Die Ausführungen des Präsidiums gipfelten in der Bitte, seine letzten Entschlüsse nicht eher zu lassen, als er die Führer der großen Parteien empfangen und ihre Anschauungen kennengelernt habe, damit der Versuch gemacht werde, eine Zusammenarbeit zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichstag herbeizuführen. Der Reichspräsident hat sich seine letzte Entschcheidung vorbehalten.

Damit war die Aussprache beendet.

Wie weiter mitgeteilt wird, soll der Reichspräsident auf die Erklärung Görings, daß der neue Reichstag keineswegs aktionsunfähig sei, daß es eine Mehrheit gebe, mit der eine Regierung zusammenarbeiten könne, wobei er aber sehr deutlich umgibt, daß mit dieser Regierung nicht das gegenwärtige Kabinet von Papen gemeint sei, geantwortet haben,